

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN Nr.: 4/05
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Hände weg vom Rumbachtal!

Keine weitere Bebauung in der Frischluftschneise!



Im Rumbachtal Ecke Im Look/Tinkrathstr. hat CDU-Mitglied Geldermann, eine Wiese im Landschaftsschutzgebiet, die als Feuchtaue von zentraler Bedeutung für Kaltluftentstehung und damit für den Luftaustausch der Mülheimer City ist, wie folgende Zitate aus der KVR-Klimaanalyse zeigen:



„In zahlreichen Untersuchungen wurden die positiven Wirkungen des Rumbachtals auf die Innenstadtbelüftung nachgewiesen..... Um die Wirkung dieses Belüftungssystems nicht zu gefährden, ist eine Bautätigkeit in dem Kaltlufteinzugsgebiet in jedem Fall zu vermeiden. Dies betrifft sowohl Einzelhausbebauung als auch größere zusammenhängende Siedlungsgebiete, Straßen oder sonstige versiegelte Flächen.“

Bei der letztjährigen, übermäßig teuren, Verlegung des Wanderwegs im Rumbachtal, wurde eine daneben liegende Wiese des Bauern gebraucht, für die dieser einen Ausgleich am Flughafen erhielt. Zusätzlich muss er aber wohl auch die Zusage für eine Bebauung im Rumbachtal erhalten haben. Im Hauruckverfahren sollte das, über Änderung des Landschafts- und Flächennutzungsplans, noch schnell (kurz vor den Wahlen) in den letzten Sitzungen durchgezogen werden. Die Aufsichtsbehörde konnte und durfte dem (genau wie in 3 weiteren Punkten) nicht zustimmen. So wurde der Landschaftsplan, ohne diese, im Herbst noch einmal verabschiedet. Jetzt sollen vier Einzeländerungen, in einem einzigen Verfahren, den gerade erst verabschiedeten Plan korrigieren. Drei davon sind unproblematisch, die Herausnahme der o.g. Wiese aber nicht. Der MBI-Antrag, die Punkte aufzutrennen wurde aber von CDU, SPD und FDP bisher in den BV's abgelehnt. Demnächst sind Umwelt-, Planungsausschuss und Rat noch an der Reihe. Mal schaun!



Transparent im Rumbachtal gegenüber der gefährdeten Wiese.

Die BI „Rumbachtal“ verteilt Flugblätter an Spaziergänger und Anwohner und hat begonnen, Unterschriften zu sammeln. Unterschriftenlisten liegen auch in der MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1, aus. Die MBI haben außerdem einen Antrag auf Akteneinsicht in die Kauf- bzw. Grundstückstauschverträge gestellt.

WEITERER INHALT:

- *Schöner Wohnen auf Giftmüll?.....S.2*
- *Fehlender Sparwillen.....S.2*
- *Neues aus der Altstadt.....S.3*
- *Schulsanierung statt Ruhrbania!....S.4*

mehr auch unter <http://www.mbi-mh.de/MBI-Arbeit/Initiativen/Rumbachtal/rumbachtal.html>

Das ehemals gemeinnützige Wohnungsbaunternehmen Gagfah (im letzten Sommer für 2,1 Mio Euro an den US-Investor Fortress verkauft), will an der Scheffelstr. (ehemals Fa. Ruhrtaler) und in der Broicher Mitte nicht mehr bauen. Sie hätten sich vom Wohnungsverwaltungsunternehmen zum Wohnungshandelsunternehmen verändert, erzählt der Gagfah-Chef. Ob ein anderes Unternehmen nun in Broich-Mitte weiterbaut und ob im Dichterviertel doch noch wenigstens die Seniorenresidenz verwirklicht wird, bleibt ungewiss. Dort war ja bereits die Wohnbebauung für die jungen Familien, wie sie in 2000 in einem Bebauungsplan nur gegen die MBI-Stimmen beschlossen wurde, gescheitert (u.a. mangels Nachfrage). Danach wurde in 2003 - ohne B-Plan-Änderung! - der Gagfah eine sehr massive Planänderung mit der Errichtung von Seniorenresidenz für 97 Pflegeplätze und 97 weiteren Mietwohnungen zugestanden. Und nun?

Gleichzeitig soll auf der anderen Seite der Bruchstr. der Bebauungsplan Kuhlenstr./Kreuzstr.(die ehemalige Sonnensiedlung) für junge Familien, noch in diesem Jahr baureif gemacht werden. Einige hundert Meter weiter gammeln an der Aktienstraße/ Kreuzung Mellinghofer Straße etliche, für Wohnungen gedachte Gebäude des Pleitier Zorn seit Jahren leer und unfertig vor sich hin.

Man glaubt es kaum:



sind.

1998 legte die Verwaltung den Bebauungsplanentwurf „Kreuzstr./Kuhlenstr. - S 12“, mit ca. 60 Häusern als sog. Solarsiedlung vor, die vom Landesförderprogramm "50 Solarsiedlungen in NRW" bezuschusst werden sollte.

Die erste Bürgerversammlung Anfang 99 zeigte bereits, dass die Altlastenproblematik von der Stadt nicht, wie geplant, so einfach übergangen werden kann. Seither gab es Gutachten über Gutachten und die jährliche Ankündigung, immer kurz vor den Sommerferien, dass nach den Ferien der Auslegungsbeschluss (der zweite von drei Verfahrensschritten bis zur Genehmigung) für den Bebauungsplan gefasst werde. Das war nach den Ferien jedes Mal aber wieder vergessen.

Dort hätte man im Übrigen besser Gewerbeansiedlung betreiben sollen. Das z.T. verseuchte, aber auch bewaldete Freigelände der „Sonnensiedlung“ zwischen Kuhlenstr., Elisabeth-Selbert-Str. und Winkhauser Weg sollte als Frischluftschneise erhalten bleiben und die Altlastenverdachtsflächen endlich abgesichert werden!

Nichts Neues aus Mülheim? Pöstchenhuberei und fehlender Wille zum Sparen und zur überfälligen Verwaltungsreform!

Die Neubesetzung des Amtsleiterpostens im Sozialamt ist eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern und eine vertane Chance.

Vor 2002 war der heutige Ordnungsamtsleiter der Leiter des Rechtsamts und die heutige Rechtsamtsleiterin Leiterin des Sozialamts. Die Zusammenlegung von Rechts- und Ordnungsamt wurde in 2001 von allen als sinnvoll angesehen und im zuständigen Hauptausschuss auch so beschlossen (mit nur einer Gegenstimme, des damaligen OB Dr. Baganz. Nach dem bedauerlichen Tod des Sozialamtsleiters könnte und sollte nun der Beschluss aus 2001 auch umgesetzt werden. So spart die Stadt mindestens 1 Amtsleiterstelle, ohne jemandem weh zu tun und ohne Qualitätsverlust oder irgendwelche erkennbaren Schwierigkeiten.

Die MBI haben deshalb die Bezirksregierung Düsseldorf aufgefordert, die Angelegenheit im Rahmen seiner Finanzaufsicht zu prüfen und das Ausschreibungsverfahren für die vakante Sozialamtsleiterstelle anzuhalten.

Der neue SPD-Chef Esser (MWBGeschäftsführer) will laut WAZ die "skeptischen Wähler" zurückholen und kündigte eine "härtere Gangart gegen MBI und WIR" an. Was meint er wohl damit, wenn die SPD seit den Wahlen bereits jegliche Gespräche verweigert? Esser trat wegen des Bürgerentscheids aus ver.di aus und in die IG-Metall ein.

Schöner Wohnen auf Giftmüll ?

Seit ca. 10 Jahren versucht die Stadt, mit einem Bebauungsplan für das letzte größere Freigelände am Rande von Innenstadt und Dichterviertel, ungefähr zwischen Hauptschule Bruchstr., Rot-Weiß-Platz, Elisabeth-Selbert-Str. und Kuhlenstr./Kreuzstraße, sich zuzubauen! Der größte Teil der etwa 4 ha großen Fläche war früher die Ziegelei Rauen, davor gab es dort Bergbau und danach etliche andere gewerbliche Nutzungen. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich auf der Brachfläche ein Wäldchen entwickelt, während die hinteren, angeschütteten Bereiche wegen ihres hohen Giftgehalts stellenweise vegetationslos sind.

Im Dezember 2003 kam dann die Nachricht, dass das Projekt aus dem Landesförderprogramm der „50 Solarsiedlungen“ gestrichen wurde. Die Baufirma kündigte an, auf verkleinertem Gebiet „nur“ noch 41 konventionelle Wohneinheiten bauen zu wollen und hoffte damals auf einen endgültigen Baubeginn im Herbst 2004. Das wurde auch nichts, doch jetzt soll ernst gemacht werden.

Im Planungsausschuss am 26. April soll der Auslegungsbeschluss nun doch gefasst werden. Dann könnte im Mai/Juni die Auslegung sein und im Herbst der Satzungsbeschluss, so dass Wilma Wohnen Rheinland aus Ratingen (als Bau- und Erschließungsträger) danach bauen könnte. Die MBI aber halten den gesamten B-Plan weiterhin für bedenklich und überflüssig.



**Wer hat Grün & Wald beauftragt,
die Linde am Kohlenkamp zu fällen
und warum wurden Bürger und BV irregeführt?**

Eine ganz neue Begründung gibt es zur unverständlichen Fällung der Linde am Kohlenkamp, Höhe Radio Kaiser, die angeblich den Blick auf die Petrikerche versperrt haben soll. Dazu gab es eine MBI-Anfrage in der zuständigen BV 1, denn dort und nur dort gibt es den TOP: „Fällung von städtischen Bäumen.“ Grün&Wald-Chef Pfaff aber behauptete, die BV 1 sei nicht zuständig, denn der Planungsausschuss habe das Konzept von Prof. Kister für Herrn von Emmerich beschlossen und darin sei die Fällung der Linde enthalten.

Dazu: Im Planungsausschuss am 6. Juli 2004 stand unter TOP 4: *Rahmenplanung Altstadt -Berichterstattung Horst von Emmerich/ Prof. Johannes Kisters - "eine zugehörige Vorlage gibt es nicht".*

Die beiden stellten dann mündlich ein weitreichendes Programm für die Altstadt vor von Verlegung des Jobs-Brunnen, über die (von L. Matthes „entliehenen“ Vorschläge) zur Platzgestaltung zwischen den Kirchen, über Abriss und Neubau etlicher Gebäude, Containerstandorte, Laternen und Pavillons an der Petrikerche, über eine bessere Anbindung des Kirchenhügels an Leineweber- und Schlosstr. durch Aufwertung des Parkplatzes usw., usf.. Auf insgesamt 32 Folien wurde ein Sammelsurium von Ideen, z.T. in Handzeichnung, an die Wand geworfen. Ob auf irgendeiner der Folien die Petrikerche, von der Leineweberstr. her, mit oder ohne Linde zu sehen war, ist unbekannt, weil (zumindest den MBI) bisher niemand eine Broschüre, CD o.ä. mit den Ideenskizzen auf den Folien gab.

Im Protokoll des Planungsausschusses steht: „Prof. Kister stellte anhand einer Präsentation Ideen für die künftige Umgestaltung der Altstadt vor.“ Dann folgt „Beispiel 13 von 32 - Phase 1: "Umgestaltung konzentriert sich auf den nördlichen Teil des Kirchenhügels- Planung eines Pavillons mit Freisitz“ und eine von der Folie abkopierte Handzeichnung. Logischerweise gab es keinen Beschluss, worüber auch.

Wenn nun Herr Pfaff behauptete, die Linde musste fallen, weil so im Planungsausschuss beschlossen, dann ist das nachweisbar falsch und eine bewusste Irreführung der Bezirksvertretung, denn er hatte genug Zeit, spätestens zur MBI-Anfrage vom 9. März das zu erfragen.

Die sog. Baukonferenz von Frau Sander hat wohl die Baumfällungen angeordnet, als Vorgriff für die Ideen des Gutachters von van Emmerich, der seinerseits am 29. April den „Verein zur Förderung der Mülheimer Altstadt“ gründen will.

Das bringt u.a. die Linde am Parkplatz Bachstr. nicht zurück und verspricht zumindest dann zum Scheitern verurteilt zu sein, wenn weiter im altbekannten van Emmerich-Schema vorgegangen wird wie mit den Baumfällungen, nämlich ohne Beschlüsse und über die Köpfe der Bevölkerung hinweg.

Nicht nur die Linde wurde gefällt, es gab auch einen Kahlschlag vor der Petri-Kirche, wo van Emmerich/ Kisters einen Pavillon als Anbau an die Kirche vorschlugen.

Auf van Emmerichs September-Veranstaltung im evangelischen Krankenhaus wurde der Kahlschlag an der Petri-Kirche für den zukünftigen Pavillon von den Bürgern sehr deutlich abgelehnt, wie auch der Pavillon selbst.

So jedenfalls sollte man in einem demokratischen Rechtsstaat weder mit Bäumen, noch mit Bürgern, noch mit demokratischen Gremien umgehen!

Dies und das

Mölm'sche Demokratie, nächster Akt: Nun soll der undemokratisch zusammengesetzte Hauptausschuss selbst den Rat der Stadt bevormunden und gängeln können.

MBI-Internetseiten feiern 5. Geburtstag: Knapp 4 Mio. Zugriffe bisher, die letzte Mio. in nur 7 Monaten, bei einem sensationellen Schnitt von über 36.000 Zugriffen pro Woche, bisher in 2005! Boom auf die MBI-Internetseiten ungebrochen mit ständig neuen Rekordwerten!

Die MBI fordern zusätzliche Messpunkte für Feinstaubbelastung an mehreren Straßen im Stadtgebiet, Aktienstr., Wackelsbeck und Humboldttring, Klöttschen, Velauer Straße, Mellinghofer Straße, Heidestraße, Essener Straße, Duisburger Straße, Kölner Straße u.a.

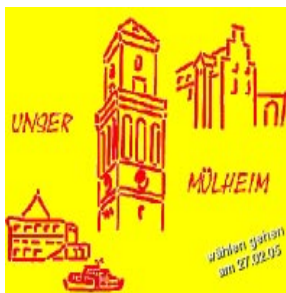
An verschiedenen Straßen Mülheims werden z.Zeit die Kanäle saniert und erneuert - mit den zugehörigen Straßensperrungen und Umleitungen. Deshalb fordern die MBI die baldige Vorlage eines Kanalbauprogramms, das mit den Plänen von Stadtplanern und Tiefbauamt so koordiniert wird, dass es weder zu verkehrlichen Engpässen kommt, noch dazu, dass die gleichen Straßen innerhalb weniger Jahre mehrfach gesperrt oder teilgesperrt werden.

Ab 1. April ist nicht mehr das Sozialamt für die Befreiung von Rundfunkgebühren zuständig. Der entsprechende Antrag muss jetzt, verbunden mit einem geeignetem Bedürftigkeitsnachweis (Bewilligungsbescheid über ALG II, Sozialgeld oder Bafög) direkt bei der GEZ gestellt werden.

Vorrang von Schulsanierung gegenüber Ruhrbania! Schlussfolgerungen aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid:

S. 4

Der Auftrag des Wählers beim erfolgreichen Bürgerentscheid vom 27. Februar lautete:



“Die Stadt Mülheim an der Ruhr muss es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen“.

Das bedeutet, dass u.a. bei den bereits teilprivatisierten Betrieben wie MEG, medl, SEM, RWW, MVG oder den noch stadteigenen Betrieben

der Stadt keine weiteren Anteile an Private verkauft werden können,

dass das Kraftwerk Raffelberg nicht verkauft werden darf,

dass keine Anteile der MST verkauft werden dürfen, da sie Stadthalle und Schloss Broich besitzt,

dass bei den Eigenbetrieben (EB) Grün&Wald, MSS (Mülheimer Sport Service), Kulturbetrieb, EB Alteneinrichtungen und vor allem Immobilienservice weder Teile noch das ganze privatisiert, oder durch PPP-Modelle ersetzt werden darf.

Der letzte Punkt bedeutet vor allem, dass für die Unterhaltung und Sanierung von Schulen, Kindergärten, städt. Altenheimen, städt. Bädern und dem Rathaus der EB Immobilienservice alleine verantwortlich bleibt. PPP-Modelle ("public private partnership"), bei denen private Firmen oder Konsortien jetzt Geld, z.B. für Schulsanierung investieren, das sie sich dann über langfristige Mietverträge o.ä. doppelt und dreifach zurückholen, sind zumindest für die nächsten 2 Jahre nicht möglich.

Auch das angedachte PPP-Modell für das Medienhaus ist nach dem Bürgerentscheid so nicht mehr möglich. Inwieweit der seit langem angekündigte Verkauf des Stadtbades zum Bau von Eigentumswohnungen, an dem die Stadt direkt noch 20% besitzt und über die medl weitere ca. 40%, noch erlaubt ist, muss noch geklärt werden.

Private erzeugen im Übrigen folgende Mehrkosten im Vergleich zur Kommune:

1. Sie müssen im Schnitt 2% mehr Zinsen für Kredite zahlen im Vergleich zu Kommunalkrediten.
2. Sie müssen anders als die Stadt 16% Mehrwertsteuer zahlen.
3. Sie wollen legitimerweise Profite machen, meist mind. 5% jährlich

Alle diese Mehrkosten muss die Stadt dann ebenfalls bezahlen, wenn sie Pflichtaufgaben an Private überträgt und per Miet- oder Leasing-Vertrag abbezahlt. Kurzfristig braucht die Stadt dann zwar kein oder wenig Geld zu bewegen, doch mittel- und langfristig verschuldet sich die Stadt noch mehr.

Für die Mülheimer Politik bedeutet der Bürgerentscheid vor allem eins:

Die Prioritätenlisten des EB Immobilienservice und der Investitionsprogramme müssen überarbeitet und völlig neu aufgestellt werden. Unumgänglichen Sanierungen von Schulen Kindergärten und Altenheimen müssen viel weiter nach oben, Prestigeobjekte dafür nach hinten.

Den bisherigen Vorstellungen, das so zu regeln, dass Privatunternehmen Pflichtaufgaben der Stadt übernehmen, wofür sich die Stadt bereits mittelfristig noch mehr verschuldet, haben die Bürger mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid einen Riegel vorgeschoben. Sicherlich reicht das nicht aus,

denn die Verschwendung, etwa durch die gängige Gutachteritis, die Pöstchenhuberei, vor allem auf höheren Ebenen sowie Filz und Vetternwirtschaft müssen dringend eingedämmt werden. All das blühte durch die bisherige Teilprivatisierung erst recht auf – siehe MEG – auch weil Transparenz und demokratische Kontrolle, bei den ganzen PPP-Modellen, alleine schon deshalb stark eingeschränkt wird, weil immer Geschäftsgeheimnisse der Privaten geschützt werden müssen!



Zitat aus „Mimi meint zu Mülheim“ in der Mülheimer Woche im März:

“Fast 28.000 Mülheimer sind doch nicht alle blöd ... Sie sind nicht skeptisch, sie sind deutlich dagegen und - nochma: sie sind zutiefst besorgt. Sie erwarten gezz ganz andere Lösungsvorschläge“